

# Zwangsrekrutierung auf der Krim

Die Krim, eine Halbinsel im nördlichen Schwarzen Meer, war 1954 der Ukrainischen Sowjetischen Sowjetrepublik angegliedert worden und verblieb nach Auflösung der UdSSR als Autonome Republik Krim innerhalb des ukrainischen Staates. 2014 wurde die mehrheitlich von russischer Bevölkerung bewohnte Krim im Verlauf der Krimkrise nach einer Volksabstimmung gegen den Willen der Ukraine von Russland übernommen. Seitdem ist die völkerrechtliche Zugehörigkeit der Halbinsel umstritten. Nach internationalem Recht gilt die Krim als besetzt. Russland sieht die Halbinsel aber als Teil des eigenen Staatsgebietes an und versucht, die Wehrpflicht durchzusetzen.

/ Human Rights Watch /

Russische Behörden unterwerfen Männer auf der besetzten Krim der Wehrpflicht, um sie in die Streitkräfte Russlands einzuberufen, hält die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) in einem aktuellen Report fest. Internationales humanitäres Recht untersagt Russland jedoch ausdrücklich, die Männer der Krim zum Militärdienst zu zwingen. Die Behörden sind gegen Personen, die sich der Einberufung verweigern, strafrechtlich vorgegangen. Die Zahl der bestraften Männer ist im Laufe der Jahre gestiegen. Russland sollte diese Praktiken unverzüglich einstellen, alle auf der Krim lebenden Personen, die zum Dienst in die russischen Streitkräfte gezwungen wurden, freilassen und seinen Verpflichtungen als Besatzungsmacht nachkommen.

## Bis zu zwei Jahre Haft für Militärverweigerung

Human Rights Watch überprüfte Dutzende Urteile von Gerichten auf der Krim zu Militärdienstentziehung. Zwischen 2017 und 2019 gab es 71 Fälle, 63 von ihnen endeten mit einer Verurteilung. Die wahre Zahl ist wahrscheinlich höher, da nicht alle Fälle und Urteile öffentlich gemacht wurden. In den meisten Fällen wurden die Angeklagten zu Geldstrafen zwischen 5000 und 60'000 Rubel (70 bis 900 €) verurteilt. Seit der Besetzung der Krim durch Russland haben die

Behörden dort nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums zwischen 18'000 und 18'900 Männer einberufen. Mindestens 3300 Männer wurden während der Einberufungskampagne im Frühjahr 2019 einberufen. Dies ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu der ersten Kampagne 2015, als 500 Männer einberufen wurden. Für Herbst 2019 planen die russischen Behörden insgesamt 135'000 Männer einzuberufen, unter ihnen 2600 aus der Krim.

Nach dem russischen Gesetz kann Militärdienstentziehung mit einer Geldstrafe oder mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft werden. Mit Änderungen des Wehrpflicht- und Militärdienstgesetzes im September 2019 wurden neue Verpflichtungen für wehrpflichtige Männer eingeführt. Sie müssen sich nun nicht nur an ihrer Wohnadresse melden, sondern auch an ihrem Arbeits- oder Studienort. Männer, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen, riskieren Schwierigkeiten bei der Suche nach einer Arbeitsstelle. Einwohner der Krim wie auch Bürger Russlands haben nur die Wahl zwischen Einberufung oder dem realen Risiko einer strafrechtlichen Verfolgung.

Seit 2016 entsendet das russische Militär Wehrpflichtige aus der Krim an andere Militärstützpunkte der Russischen Föderation. So wurden zum Beispiel 85 Prozent der im Frühjahr 2019 einberufenen Männer in solche Stützpunkte entsandt. Die Behörden haben auch eine umfangreiche Werbekampagne zur Einberufung in Sewastopol, Simferopol und anderen Städten der Krim durchgeführt. Zudem wurde für Schulen Militärpropaganda zur Verfügung gestellt.

## Schwerwiegender Verstoss gegen die vierte Genfer Konvention

Nach der Vierten Genfer Konvention, die Russland ratifiziert hat, darf eine Besatzungsmacht die Einwohner des besetzten Gebietes nicht zum Dienst in den bewaffneten oder in unterstützenden Kräften zwingen. Es verbietet auch ausdrücklich jeglichen «Druck oder Propaganda, die auf eine freiwillige Einberufung zielt». Diese Verbote gelten unbeschränkt. Ihre Verletzung stellt einen schwerwiegenden Verstoss gegen die Konvention dar.

Die UNO-Mission zur Menschenrechtsbeobachtung in der Ukraine hat wiederholt die rechtswidrige Wehrpflicht durch die russischen Behörden auf der Krim verurteilt. Die Mission erklärte, dass Zwangsrekrutierungen auch «die Wahrnehmung der Menschenrechte potenzieller Wehrpflichtiger beeinträchtigen, weil sie deren Freizügigkeit und den Zugang zu Ausbildung und Beruf einschränken». Die ukrainische Regierung hat wiederholt gegen die von Russland ausgeübte Wehrpflicht auf der Krim protestiert. In ihren 2014 und 2016 verabschiedeten Resolutionen bekräftigte die UN-Generalversammlung ihr Bekenntnis zur «Souveränität, politischen Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen» und forderte Russland auf, seine völkerrechtlichen Verpflichtungen als Besatzungsmacht einzuhalten.

## Umfangreiche Abklärungen von HRW

Die Staatsanwaltschaft der Krim, eine ukrainische Regierungsbehörde mit Sitz in Kiew, teilte Human Rights Watch mit, dass sie regelmässig Daten über Zwangsrekrutierungen auf der Krim sammle. Sie nimmt diese Informationen in ihre Berichte an den Internationalen Strafgerichtshof auf. Obwohl die Ukraine kein Mitglied des Strafgerichtshofes ist, hat sie die Zuständigkeit des Gerichts für mutmassliche Straftaten in ihrem Hoheitsgebiet seit November 2013 anerkannt. Derzeit wird von der Staatsanwaltschaft des Strafgerichtshofes geprüft, ob eine Untersuchung der während des bewaffneten Konfliktes begangenen Übergriffe in Betracht gezogen wird.

Human Rights Watch erinnert daran, dass Russland nach internationalem Recht seit mindestens Ende Februar 2014 Besatzungsmacht auf der Krim ist, und bewertet die Massnahmen Russlands nach



internationalem humanitären Recht in Bezug auf eine Besatzung. Um Fälle von strafrechtlicher Verfolgung wegen Militärdienstentziehung auf der Krim zu prüfen, sah Human Rights Watch verschiedene online vorhandene Register von russischen Gerichten ein, die auch Urteile der Gerichte auf der Krim enthalten.

Human Rights Watch überprüfte auch Urteile, die auf Webseiten einzelner Gerichte auf der Krim verfügbar sind. Diese Daten erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da nicht alle Gerichtsverfahren und Entscheidungen online veröffentlicht werden. Human Rights Watch sprach auch mit Experten von nichtstaatlichen Organisationen wie der Menschenrechtsgruppe Krim, die die Wehrpflicht und andere Menschenrechtsverletzungen auf der Krim beobachten. Zudem traf sich Human Rights Watch mit VertreterInnen der Staatsanwaltschaft Krim in Kiew.

### Strafen für Militärdienstentziehung

Russland führt zweimal im Jahr, im Frühjahr und im Herbst, Einberufungskampagnen durch. Seit der Besetzung der Krim im Jahr 2014 gab es dort neun solcher Kampagnen. Am 1. Oktober 2019 begann die zehnte, die bis zum 31. Dezember 2019 fortgeführt wird. Die Wehrpflicht gilt für Männer im Alter zwischen 18 und 27 Jahren, die die russische Staatsbürgerschaft angenommen und noch keinen Militärdienst in einem anderen Land abgeleistet haben. Nach russischem Recht wird die Militärdienstentziehung nach Artikel 21 Abs. 5 bis 7 des Ordnungswidrigkeitengesetzes und nach Art. 328 des Strafgesetzbuches verfolgt. Als Straftat ist die Militärdienstentziehung mit einer Geldstrafe oder bis zu zwei Jahren Haft belegt. Personen, die ihre Strafe wegen Militärdienstentziehung verbüßt haben, sind weiter zum Dienst in den bewaffneten Streitkräften verpflichtet.

Die meisten Urteile wegen Militärdienstentziehung besagten, dass die Angeklagten in «krimineller Absicht zur Vermeidung des Militärdienstes» gehandelt hätten, indem sie entweder nicht zur Musterung erschienen seien oder sich zum Beginn des Dienstes nicht in der

Kaserne einfanden. In den meisten Urteilen forderten die Gerichte, dass die Wehrpflichtakten des Angeklagten wieder der lokalen Einberufungsbehörde überstellt werden, offensichtlich um eine erneute Einberufung durchzuführen.

Am 12. September 2019 befasste sich zum Beispiel das Stadtgericht Sudak mit dem Fall eines Verkaufsleiters, der wegen Militärdienstentziehung angeklagt war, weil er sich trotz offizieller Vorladung wiederholt nicht zur Musterung eingefunden hatte. Der Angeklagte bekannte sich schuldig und wurde zu einer Strafe von 20'000 Rubel (282 €) verurteilt.

### «Kriminelle Handlungen»

Im September 2017 verurteilte ein Gericht in Evpatoria den Manager einer lokalen Firma wegen Militärdienstentziehung zu einer Geldstrafe von 20'000 Rubel, weil er nach einer Vorladung nicht bei der Rekrutierungskommission erschienen war. In der Gerichtsverhandlung erklärte der Mann, ihm sei es nicht möglich gewesen, zu erscheinen, da er sich von einer Genitaloperation erholt habe. Die Operation fand angeblich nach seiner Musterung statt, in der er für tauglich befunden wurde, aber vor dem Termin bei der Kommission.

Das Gericht verurteilte ihn und erklärte, dass er zur Ableistung des Dienstes verpflichtet sei, da er während der Musterung keine Beschwerde eingereicht habe. Die Untersuchung und Behandlung, der er sich unterzogen hatte, hätten in einer privaten Klinik und nicht in einem staatlichen Krankenhaus stattgefunden. Er habe auch der Kommission keine medizinischen Unterlagen über seine Operation vorgelegt. Bezüglich des Versäumnisses, bei der Kommission zu erscheinen, behauptete das Gericht, dass er «sich vollständig der öffentlichen Gefahr seiner kriminellen Handlung bewusst gewesen ist und voraussah, dass (seine Handlungen) zwangsläufig gefährliche soziale Konsequenzen in Form einer Militärdienstentziehung zur Folge haben werde».

Die Menschenrechtsgruppe Krim berichtete Human Rights Watch, dass sie zwischen 2015 und dem 8. Oktober 2019 insgesamt 76 Verurteilungen dokumentiert habe. Sie habe Kenntnis von weiteren zwei Fällen, die vor Gerichten auf der Krim anhängig sind. Der Experte der Gruppe, Olexander Sedov, bestätigte, dass die tatsächliche Zahl der Fälle und Urteile wahrscheinlich höher sei, da nicht

alle Verurteilungen öffentlich gemacht wurden. Sedov sagte auch, dass die Zahl der Verurteilungen wegen Militärdienstentziehung seit 2015 stetig angestiegen sei. Bei jeder Einberufungskampagne habe sich die Zahl um 20 bis 30 Verurteilungen erhöht. Die UN-Mission zur Beobachtung der Menschenrechte auf der Krim fand 29 Verurteilungen gegen Bürger der Krim wegen Militärdienstentziehungen von 2017 bis 2019.

### Zweifelhafter alternativer Dienst

Das russische Recht sieht einen alternativen Dienst für Personen vor, die aus Gewissensgründen die Ableistung des Militärdienstes verweigern. In der Praxis kann es in Russland jedoch schwierig sein, die Genehmigung zur Ableistung eines alternativen Dienstes zu erhalten. Sergey Krivenko, Vorstandsmitglied des Zentrums für Menschenrechte Memorial und Vorsitzender der Menschenrechtsgruppe Bürger und Armee, berichtete Human Rights Watch:

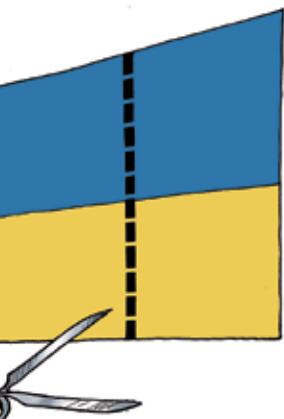
«In Russland sind Gesetz und Umsetzung zwei sehr verschiedene Dinge. Gesetzlich ist es nicht erforderlich, Beweise vorzulegen. Es ist nur notwendig, deine Überzeugung bekannt zu geben und gegenüber der Wehrpflichtkommission zu erklären, warum diese Überzeugung im Widerspruch zum Militärdienst stehen. Es geht um jede beliebige Überzeugung, sei sie nun pazifistisch, politisch, religiös. Leider machen die Kommissionsmitglieder in der Praxis sehr oft die Anhörung zu einer Gerichtsverhandlung, beschämen den Antragsteller oder beschuldigen ihn, sein Mutterland nicht genug zu lieben usw.»

Da Russland seine Verpflichtungen als Besatzungsmacht durch die Wehrpflicht für Männer auf der Krim verletzt, sollten die Einwohner der Halbinsel, die keinen Dienst in den russischen bewaffneten Streitkräften leisten wollen, auch nicht dazu gezwungen sein, einen Antrag auf Ableistung eines alternativen Dienstes zu stellen oder diesen Dienst abzuleisten.

### Vorgehen gegen Krimtataren

Nach Angaben eines weiteren Experten der Menschenrechtsgruppe Krim besteht Russland darauf, dass Bewohner der Krim, die den Militärdienst aus religiösen Gründen ablehnen und einen Antrag auf Ableistung eines alternativen Dienstes stellen, aufgefordert werden, Dokumente

Fortsetzung Seite 6



ihrer religiösen Gemeinschaft vorzulegen, die beweisen, dass ihre Überzeugung in Widerspruch zur Ableistung des Militärdienstes steht.

Bewohner der Krim sehen sich auch anderen Schwierigkeiten bei der Ableistung eines alternativen Dienstes gegenüber. Im Oktober 2018 befand beispielsweise das Bezirksgericht Nizhnegorsky einen Krimtataren für schuldig, sich dem alternativen Dienst entzogen zu haben, und verurteilte ihn zu 240 Stunden gemeinnütziger Arbeit. Der Mann legte Berufung gegen die Entscheidung ein und machte geltend, dass er den Dienort des alternativen Dienstes aufgrund der dort vorherrschenden extrem schlechten Lebensbedingungen verlassen habe. Nach russischem Recht sind die lokalen Behörden, die Alternativdienstleistende beschäftigen, dazu verpflichtet, Unterkunft zur Verfügung zu stellen sowie die alltäglichen Bedürfnisse zu befriedigen. Im November 2018 bestätigte das Berufungsgericht das Urteil.

### Russischer Staatsbürgerschaftszwang

Die russischen Behörden berufen auf der Krim Personen ein, die die russische Staatsbürgerschaft angenommen haben. Nach der Besetzung 2015 hat die russische Regierung rasch Massnahmen ergriffen, um den BewohnerInnen der Krim die russische Staatsbürgerschaft und Pässe zu geben. Nach dem Gesetz über die Aufnahme der Republik Krim in die Russische Föderation vom März 2014 verlangte Russland von allen ständigen BewohnerInnen der Krim, die die ukrainische Staatsbürgerschaft hatten und diese beibehalten wollten, diese Absicht in einem Verfahren zu erklären. Russland hat den BewohnerInnen der Krim nicht einfach (zusätzlich) die russische Staatsbürgerschaft angeboten, sondern sie genötigt, sich zwischen der ukrainischen und der russischen Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Jene, die sich für die Beibehaltung der ukrainischen Staatsbürgerschaft entschieden, sahen sich direkten und indirekten nachteiligen Konsequenzen ausgesetzt. Darüber hinaus gab es in dem Verfahren für die Beibehaltung der ukrainischen Staatsbürgerschaft ernsthafte Mängel.

Einigen ukrainischen Staatsbürgern war es nicht möglich, ihre Staatsbürgerschaft beizubehalten. Ihnen wurde die russische Staatsbürgerschaft auferlegt. Andere wurden schikaniert und einge-

schüchtert, weil sie die russische Staatsbürgerschaft nicht annahmen. Unter diesen Umständen war die Auferlegung der russischen Staatsbürgerschaft auf der Krim eine Zwangsmassnahme. Mehr als fünf Jahre später hat die Mehrheit der BewohnerInnen der Krim einen russischen Pass. Während viele diesen wirklich haben wollten, akzeptierten andere die russische Staatsbürgerschaft nur aus der Zwangslage heraus, weil sie sonst keine medizinische Versorgung bekommen konnten oder Schwierigkeiten bei der Jobsuche hatten.

Ukrainischen StaatsbürgerInnen werden nicht die gleichen Rechte zugestanden



### Ukrainische Pazifisten protestierten gegen Wehrpflicht-Grausamkeiten

Am 9. August 2019 versammelten sich Friedensaktivisten vor dem Werchowna Rada (Parlament) und dem Präsidialamt in Kiew und forderten, die grausame Jagd nach Wehrpflichtigen einzustellen. Sie trugen eine Flagge mit einem Friedenszeichen, Transparente der ukrainischen pazifistischen Bewegung und Porträts von Yehor Potamanov, einem jungen Mann, der zuvor auf der Strasse in Charkow entführt worden war und einen Hungerstreik begonnen hatte. Laut Dmytro Tyshchenko, dem Bruder von Yehor, der ebenfalls an der Aktion teilnahm, wurden in diesem Sommer Hunderte von Wehrpflichtigen auf die gleiche Weise auf den Strassen von Charkow entführt. Drei von ihnen schnitten sich die Adern auf, einer erhängte sich in dem verzweifelten Versuch, wegen psychischer Störungen von der Wehrpflicht befreit zu werden.

Anträge entführter Wehrpflichtiger, ihre Verwandten zu treffen, wurden abgelehnt, da die Behörden versuchten, beim gewaltsamen Transport zum Militärkommissariat entstandene Blutergüsse und Verletzungen zu verheimlichen. Die Polizei versäumte es, strafrechtliche Untersuchungen der Entführungen, un-

wie russischen. So dürfen zum Beispiel nur InhaberInnen eines russischen Passes Arbeitsstellen bei Regierung oder lokalen Behörden ausüben. Voraussetzung für die Krankenversicherung ist ein russischer Pass oder eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. BewohnerInnen der Krim, die sich dazu entschieden, ihre ukrainische Staatsbürgerschaft nicht aufzugeben, werden diskriminiert und gelten als ausländische MigrantInnen ohne garantiertes Bleiberecht auf der Krim.

Human Rights Watch: **Crimea – Conscriptio Violates International Law**, 1. November 2019. Übersetzung: Rudi Friedrich. Aus: Rundbrief KDV im Krieg, Nr. 5/2019, Hrsg. von Connection, D-Offenbach.

menschlichen Behandlungen und des Machtmissbrauchs während der sogenannten Jagd nach Wehrpflichtigen einzuleiten.

Nach Ankündigung der Friedensaktion wurde die Seite der ukrainischen pazifistischen Bewegung auf Facebook von pro-militärischen Hassern massiv angegriffen. Die Kundgebung wurde jedoch ohne Zwischenfälle abgehalten. Im nahegelegenen Präsidentenbüro in der Bankovastrasse übergaben DemonstrantInnen eine Petition, mit der sie die Abschaffung der Wehrpflicht und die Einstellung der grausamen Jagd nach Wehrpflichtigen forderten. Ähnliche Online-Petitionen erhielten Tausende von Unterschriften, da die Wehrpflicht ein veraltetes und gefährliches Erbe der Weltkriege sei, erklärte Yurii Sheliazhenko, Geschäftsführer der ukrainischen pazifistischen Bewegung. Das Ukrainian Pacifist Movement ist eine nichtstaatliche, gemeinnützige, unparteiische Organisation, die 2019 gegründet wurde und das Recht auf Frieden, Abrüstung, Abschaffung der Wehrpflicht, gewaltfreie Beilegung von Konflikten und demokratische zivile Kontrolle über militärische Angelegenheiten fördert.